

Moderator: Herzlich willkommen zum bundestag.de-Live-Chat. An dieser Stelle diskutieren heute von 16 bis 17 Uhr die Bundestagsabgeordneten Thomas Dörflinger (CDU/CSU) und Alexander Ulrich (Die Linke.) zum Thema "Europäische Union und Vertrag von Lissabon". Ihre Fragen können sie jederzeit stellen, diese werden erstmal bei den Moderatoren gesammelt. So, 16 Uhr, wie sieht es aus, können wir starten?

Alexander Ulrich (Die Linke.): Ja, gerne.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Ja, gerne.

Merle: Wie haben Sie heute im Bundestag abgestimmt und warum?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Ich habe mit Ja gestimmt.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Ich habe gegen den Vertrag von Lissabon gestimmt. Die Linke steht für ein demokratisches und soziales Europa, gemessen an diesen Grundsätzen sind die Lissaboner Verträge über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg entschieden worden und das Soziale wird nahezu komplett ausgeklammert. Dafür bräuchte es eine Grundgesetzänderung. Wir haben einen solchen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Der Lissabon-Vertrag erfüllt nicht alle Wünsche, aber er bildet eine gute Grundlage.

Moderator: Viele Bürger fragen, warum es keinen Bürgerentscheid gab?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Unser Rechtssystem sieht im Unterschied zu anderen Staaten einen solchen Bürgerentscheid nicht vor.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Aber eine ganz große Koalition aus CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP haben diesen Antrag abgelehnt. Die Linke ist die einzige Fraktion, die die Bürgerinnen und Bürger beteiligen will.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Die Erfahrung aus den Niederlanden und Frankreich vor einigen Jahren zeigt auch, dass bei solchen Entscheiden nicht nur über den Vertrag abgestimmt wird, sondern andere Einflüsse die Entscheidungsfindung beeinflussen.

V.Grass: Guten Tag, mich würde interessieren, inwiefern die Abgeordneten Dörflinger und Ulrich der Meinung sind, dass Lissabon dazu beiträgt, das demokratische Defizit der EU zu beseitigen?

Danke.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Ich halte weiterhin die demokratischen Defizite für gegeben.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Dass alle demokratischen Defizite durch Lissabon beseitigt werden, wäre sicher zu hoch gegriffen. Richtig ist aber, dass die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages und des EP deutlich gestärkt werden. Insofern stellt Lissabon eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo dar. Dafür stehen bspw. die Möglichkeiten der Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen und die Länderparlamente.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Europa wird auch in Zukunft von den Regierungen über den Europäischen Rat und die EU-Kommission, die von dem Europäischen Rat faktisch eingesetzt wird, bestimmt. Und auch in Zukunft können viele europäische Themen über das demokratisch gewählte EU-Parlament nicht bestimmt werden. Europa wird auch nach Lissabon ein Projekt der Regierungen sein.

Lale: Könnte die Ratifizierung des Vertrags in einzelnen Mitgliedsstaaten noch scheitern?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Rein theoretisch natürlich ja.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Die einzelnen Regierungen haben mitgeteilt, dass sie über die Parlamente die Ratifizierung positiv umsetzen werden. Eine Ungewissheit gibt es in Irland, dort findet im Juni eine Volksabstimmung statt. Sollten die Iren mit Nein stimmen, wäre der Vertrag gescheitert, denn es braucht ein „Ja“ aller EU-Länder.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Ich gehe jedoch nicht davon aus, dass dies geschieht, weil die Willensbildung in den einzelnen Mitgliedsstaaten im Unterschied zum Verfassungsvertrag deutlich positive Züge getragen hat und trägt.

Europäer: Warum wird über den Vertrag von Lissabon erst jetzt diskutiert? Die konsolidierte Fassung des Vertrages wurde so kurzfristig veröffentlicht, dass eine informierte Debatte nicht möglich war. Wie haben Sie sich auf die Debatte vorbereitet?

Alexander Ulrich (Die Linke.): 90 Prozent dessen, was heute in den Verträgen drinsteht, war bereits Bestandteil der gescheiterten EU-Verfassung. Daher waren die Themen seit Jahren bekannt.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Wir hatten im EU-Ausschuss eine Reihe von hochkarätig besetzten Expertengesprächen, die die verschiedenen Politikbereiche unter die Lupe nahmen. Dies war in mehrfacher Hinsicht hilfreich. Einmal deswegen, weil man die Möglichkeit zur intensiven Diskussion hatte. Zum Anderen ist die bloße Lektüre eines Vertragswerkes für die Beurteilung alleine nicht ausreichend.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Im Bundestag gab es zu einzelnen Themenbereichen mehrere Expertengespräche und als einzelner Abgeordneter hat man mit vielen Institutionen und außerparlamentarischen Bewegungen den Vertrag von Lissabon diskutiert.

KeinMdB: Was bedeutet der Vertrag für Deutschland als größtes EU-Mitglied? Können kleine Staaten Entscheidungen blockieren?

Alexander Ulrich (Die Linke.): Es gibt einzelne Politikbereiche, wie z.B. die Außen- und Sicherheitspolitik, wo auch zukünftig Einstimmigkeit notwendig ist. Das bedeutet, dass auch das kleinste Land der EU dort blockieren könnte. In vielen Bereichen geht es aber in die qualifizierte Mehrheit. Wo einzelne Länder dann auch akzeptieren müssen, dass sich Mehrheiten durchsetzen.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Etwa in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gilt nach wie vor die einstimmige Beschlussfassung im Rat. Allerdings kann der Rat den Übergang zur Mehrheitsentscheidung beschließen. Man nennt dies die so genannte Parrallele-Klausel.

H. Herbst: Guten Tag, Wie hoch ist ihrer Meinung nach die Gefahr, dass sich die Mehrheit der Mitgliedsstaaten auf dem Kompromissergebniss Lissaboner Vertrag erst einmal ausruhen will? Denken sie, der ER hätte den Einfluss, eine erneute Debatte auszulösen?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Zunächst müssen sich sicher die neuen Vorgaben von Lissabon in der Praxis bewähren.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Wir können davon ausgehen, dass bei einer positiven Ratifizierung in allen Ländern dieser Vertrag die Grundlage der EU für viele Jahre sein wird.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Dies gilt z. B. für den Europäischen Auswärtigen Dienst. So etwas funktioniert nicht von heute auf morgen.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Sollte natürlich in Irland der Vertrag abgelehnt werden, müsste der Europäische Rat neu darüber nachdenken, wie man die praktischen Grundlagen so verändern kann, dass alle Mitgliedstaaten diesem zustimmen.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Aber: Die EU ist durch Lissabon noch nicht am Ende ihrer Gestaltungsfähigkeit und Gestaltungsbedürftigkeit angekommen. Insofern ist nach der Reform immer auch vor der Reform.

Moderator: Wir hatten im Vorfeld des Chats sehr viele Beiträge, die sich negativ zu Europäischen Union geäußert haben. Insbesondere gab es Befürchtungen einer möglichen "Militarisierung der EU", dazu passt diese Frage:

Stifler: Was halten Sie von dem Militärfonds, den die EU und nun voraussichtlich einrichten kann, und sehen Sie die parlamentarische Kontrolle ausreichende gewährleistet?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Ziel einer gemeinsamen Sicherheitspolitik muss sein, nicht nur gemeinsam nach außen aufzutreten, sondern auch die nationalen Sicherheitsstrukturen aufeinander abzustimmen.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Zum ersten Mal eröffnet der Vertrag von Lissabon die Möglichkeit, einen eigenständigen Militärfonds, im Vertrag von Lissabon Anschubfonds, aufzustellen, aus dem auch operative Militärausgaben beglichen werden können. Damit sind eine weitere Steigerung von Militärausgaben und eine Erleichterung von EU-Militärinterventionen verbunden. Eine parlamentarische Kontrolle für diesen neuen Militärhaushalt ist nicht vorgesehen..

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Die Mitgliedsländer sind daher gehalten, ihre Aufwendungen für Verteidigung zu verstetigen

und zu koordinieren. Dies ist nach meiner Auffassung auch sinnvoll.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Ein weiteres Beispiel, welche Demokratiedefizite der Vertrag aufweist und es wäre auch wünschenswert gewesen, wenn man mehr über Abrüstung reden würde, als über Aufrüstung der einzelnen Mitgliedsstaaten inklusive des Militärfonds.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Wir haben vor wenigen Jahren auf dem Balkan erlebt, was passiert, wenn Europa sicherheitspolitisch nicht mit einer Stimme spricht.

sdf: Herr Ulrich, Sie haben mit Nein gestimmt. Wie sollte denn ein EU-weiter Vertrag aussehen, dem sie zustimmen könnten?

Alexander Ulrich (Die Linke.): Ich habe mit Nein gestimmt, weil wir der Auffassung sind, dass eine neoliberale Ausrichtung durch den Vertrag niedergeschrieben wird und damit auch die Verträge das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes aushöhlen. Des weiteren brauchen wir keine Aufrüstungsagenturen und Battle Troops, was ja auch bedeutet, dass der militärische Einsatz zur EU-Außenpolitik dazugehört wird. Wir wollen eine Europäische Union, wo man sich zur Selbstverteidigung bekennt.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Das sehe ich nicht so. Im Gegenteil. Der Wettbewerbsgedanke findet im Unterschied zum Verfassungsvertrag eher weniger Berücksichtigung, was heute in der Debatte auch zum Teil kritisch beleuchtet wurde.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Wir wollen eine Europäische Union, wo man sich zur Selbstverteidigung bekennt, aber nicht außerhalb der EU-Grenzen das Völkerrecht missachtet und sich an Kriegen beteiligt.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): So wenig Bedrohungen wie internationaler Terrorismus an nationalen Grenzen halt machen, so wenig werden sie an EU-Grenzen halt machen. Daher sind wir als Europa auch gefordert, unsere Freiheit und unsere Werte auch dort zu verteidigen, wo nicht wir, sondern unsere Freunde wohnen.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Die Kriege in Afghanistan und Irak haben gezeigt, dass man Terrorismus nicht mit Krieg beantworten kann, seit diesen Kriegen hat der Terrorismus dramatisch zugenommen. Das zeigt, dass diese Strategie gescheitert ist.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Hier wird Ursache und Wirkung verwechselt. Der Terrorismus war der Auslöser, nicht das Resultat des Einsatzes in Afghanistan. Im Übrigen agiert die EU nur dann militärisch, wenn hierfür auch ein internationales Mandat gegeben ist.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Es geht in Afghanistan und im Irak nicht um Terrorismusbekämpfung oder Frauenrechte, es geht um geopolitische Vormachtstellung. Es geht um Gas und Öl, das ist mit der Grund für die Kriege im Irak und in Afghanistan.

V.Grass: Eine Frage wäre, ob es Überlegungen gibt, den Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit, dessen Anwendung mit Lissabon erleichtert und erweitert wird, zu nutzen. Z.B. für die GASP, Verteidigungspolitik, Steuerharmonisierung, Umwelt, etc.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Viele dieser Themen können nicht mehr durch einzelne Nationalstaaten entschieden werden. Daher gibt es schon heute bei den von Ihnen genannten Themen eine intensive Zusammenarbeit. Aber nicht immer können sich die einzelnen Länder auch auf eine gemeinsame Linie verständigen. Z.B. bei der Umweltfrage wird deutlich, dass einzelne Länder weiterhin auf Kernenergie setzen, währenddessen andere Pläne haben, aus der Kernenergie auszusteigen. Auch bei der Steuerpolitik ist es nicht immer einfach, europapolitische Entscheidungen zu treffen, da die Steuerpolitik große Unterschiede aufweisen.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Die verstärkte Zusammenarbeit sollte eine Hilfe sein, nicht die Regel. Also die verstärkte Zusammenarbeit als eine Ergänzung, nicht als Alternative.

Jean Monnet: Sehr geehrter Herr Dörflinger, warum haben Sie im Mai 2005 gegen die EU-Verfassung gestimmt? Sie verhalten sich doch damit genau wie die beiden berühmten Zwillinge aus Polen?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Ich hatte 2005 zwei zentrale Kritikpunkte. Erstens: Der

Gottesbezug in der EU-Verfassung fehlt.
Zweitens: Die Kompetenzabgrenzung war mir zu unscharf und die Möglichkeiten der nationalen Parlamente zu unterentwickelt. Der erste Kritikpunkt besteht leider auch bei Lissabon. Im zweiten Bereich aber gibt es deutlich Verbesserungen gegenüber dem Verfassungsvertrag. Das hat mir die Zustimmung heute erleichtert.

Oberhausener: Warum tritt Deutschland nicht aus der EU aus und belässt es bei einer Rolle wie die Schweiz sie inne hat? (Profitieren von allen Zollbestimmungen - aber keine Zahlungen an die EU)

Alexander Ulrich (Die Linke.): Nach dem jetzigen neuen Vertrag wäre es tatsächlich möglich, die Europäische Union zu verlassen. Daran zu denken finde ich aber dann doch etwas zu abwegig. Ich bin ein überzeugter Europäer.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Wir sollten als eines der größten Länder in Europa, auch auf dem Hintergrund unserer Geschichte, schon Verantwortung für das Ganze übernehmen. Sich nur die Rosinen herauszupicken, wäre kein guter Stil. Davon würden wir mittel- und langfristig auch nicht profitieren.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Gerade Deutschland ist wirtschaftlich gesehen ein Hauptprofiteur der EU-Erweiterung. 75 Prozent unseres Exports geht in die Europäische Union. Wenn man sieht, dass gerade wir Deutschen mit dem Fall der Mauer das heutige Europa entscheidend mitgeprägt haben, sollten wir uns immer für die Europäische Union einsetzen. Was nicht heißt, dass sich Europa demokratischer und sozialer entwickeln muss.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Dass die Mitgliedschaft in der EU besser ist als ein Bilateraler Vertrag, erkennt irgend wann bestimmt auch die Schweiz. Schließlich haben wir als Deutsche Europa nun rund 60 Jahre Frieden zu verdanken. Das meint auch eine Verpflichtung gegenüber unseren Nachbarn und Freunden in der EU.

Moderator: Eine Nachfrage:

Kritiker: Warum sollte eine EU-Verfassung denn einen Gottesbezug haben? Diskriminiert das nicht indirekt Ungläubige oder Andersgläubige?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Europa hat eine christlich-jüdisch-abendländische Geschichte. An den Zielen des Christentums oder des Judentums können sich auch andere orientieren, die selbst nicht dieser Religion angehören. So wie Christen auch aufgeschlossen mit den Werten anderer Religionen umgehen. Es sollte gerade in einem historischen Vertrag wie Lissabon nicht der Eindruck entstehen, der Mensch begreife sich als das Maß aller Dinge.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Wer am Gottesbezug festhält, will damit auch die Türen für die Türkei zuschlagen. Europa darf nicht nur einseitig den Gottesbezug herstellen, sondern sich für alle Glaubensrichtungen öffnen.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Einmal abgesehen davon, dass ich über den EU-Beitritt der Türkei grundlegend anderer Auffassung bin, als Kollege Ulrich: Der Gottesbezug stellt die Türkei nicht vor die Türe. Schließlich ist auch die Mehrzahl der Türken durchaus religiös und glauben an einen Gott.

Faust: Herr Ulrich hat da gerade schon ein Stichwort gegeben: Fühlen Sie beide sich eigentlich als Europäer?

Alexander Ulrich (Die Linke.): Ja, ich fühle mich als Europäer. Auch wenn ich den Begriff "Heimat" eher mit meiner tatsächlichen Heimat, der Pfalz, in Verbindung bringe.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Jein. So ein richtiges europäisches Bewusstsein müssen wir uns, glaube ich, erst wieder erarbeiten. Mit der Heimat verbinde ich ebenso zunächst den eigenen Landstrich, Baden.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Aber gerade die Pfalz hat mit Frankreich, Luxemburg und Belgien gleich drei EU-Nachbarländer. Ich bin schneller in Paris oder Brüssel als in Berlin.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): In zweiter Linie dann mein Land, also Deutschland. Aber wenn ich in Europa auf Reisen gehe, fühle ich mich auch in Italien, Frankreich oder Österreich immer noch zuhause.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Es ist ein tolles Gefühl, in vielen Ländern Europas mit dem gleichen Geld zu bezahlen und ohne Pass einreisen zu können. Das hat das europäische Gefühl in den letzten Jahren sicher für viele gestärkt.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Europa muss für uns in der Zukunft einfach ein bisschen konkreter, weniger abstrakt sein.

I.Kant: Was bedeutet für Sie Europa?

Alexander Ulrich (Die Linke.): Für mich ist Europa mehr als Europäische Union. Zu meinem Europa gehören auch Russland oder die Türkei. Daher hat dieses Europa eine große Verantwortung für die globale Entwicklung. Wir schauen immer nach Amerika als den Global Player. Europa könnte mit seinen Werten für eine "bessere Welt" eintreten. Dazu benötigt es aber noch einige Korrekturen an der bisherigen Politik.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Mir fallen zunächst Adenauer, Schuman und de Gasperi ein, auch Jean Monnet. Die Vier haben nach dem 2. Weltkrieg etwas geschafft, was keiner für möglich gehalten hätte. Heute ist es leider schon ein bisschen selbstverständlich geworden. Wir sollten uns mal wieder daran erinnern, dass unsere Großväter noch aufeinander geschossen haben. Heute sind wir ein Deutschland und ein Europa. Das ist schon eine große Verpflichtung, dies für die Zukunft stabil zu machen.

Faust: Welche Möglichkeiten hatte denn die Bevölkerung, sich im Vorfeld über den Lissaboner Vertrag zu informieren? Ich hatte nicht das Gefühl, dass er z.B. in den Massenmedien groß zur Sprache kam.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Das ist ein großes Problem. Eine konsolidierte lesbare Fassung wurde erstmals am 15. April vorgelegt. Für die Bürgerinnen und Bürger war es daher schwer, sich entsprechend zu informieren. Die Linke bedauert dies, es ist aber Ausdruck der anderen Parteien. Wer ohne die Bevölkerung entscheidet, hat natürlich auch kein Interesse die Bevölkerung über die Inhalte zu informieren.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Veranstaltungen, Diskussionen etc. gab es sicher genug. Aber: Ein EU-Vertrag liest sich nicht so

leicht wie ein Taschenbuch. Insofern ist es gemeinsame Aufgabe von Politik und Medien, die Inhalte so zu transportieren, dass die Leute es auch verstehen.

Moderator: So, unser Chat ist auch schon fast um, wollen Sie vielleicht noch ein Schlusswort an unsere Chatter richten?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Herzlichen Dank für Ihre Fragen und Ihr Interesse.

Alexander Ulrich (Die Linke.): Vielen Dank für Ihr Interesse. Wenn Sie weitere persönliche Fragen zum Thema EU haben, mailen sie mein Abgeordnetenbüro direkt an. Und besuchen Sie auch mal die Seite der Linksfraktion unter der URL: www.linksfraktion.de

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Eine etwas andere, aber durchaus spannende Version der politischen Auseinandersetzung. Natürlich stehe ich Ihnen auch per eMail zur Verfügung oder aber Sie klicken sich durch die Infos der Unionsfraktion unter www.cduscsu.de

Moderator: Das waren knapp 60 Minuten bundestag.de-Live-Chat. Vielen Dank an die Chatterinnen und Chatter für die Fragen und vielen Dank an Herrn Ulrich und Herrn Dörflinger für die Antworten. Wir entschuldigen uns bei allen Teilnehmern, deren Fragen wir aus Zeitgründen nicht beantworten konnten. Das Transkript dieses Chats gibt es in Kürze auf bundestag.de zum Nachlesen. Das Chatteam wünscht allen Beteiligten noch einen schönen Tag.